

Persönlicher Antwortbrief von Dr. Angela Merkel auf Bürgerbriefe und E-Mails zum Irak-Konflikt

Sehr geehrte (r) Frau/ Herr.....,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief, mit dem Sie mir Ihre Sorgen und Fragen zum Irak-Konflikt schildern. Gerne möchte ich Ihnen meine Haltung dazu darlegen.

Täglich, ja stündlich werden wir mit vermeintlichen und tatsächlichen Nachrichten, mit wahren und verzerrten Bildern dieses Krieges konfrontiert. Zwischen beidem zu unterscheiden, ist nicht immer leicht. Aber eines ist offenkundig: Dieser Krieg fordert Opfer auf allen Seiten. Er kostet Menschenleben, jedes Einzelne gleichermaßen kostbar. Er bringt Leid und Zerstörung, für Beteiligte und Unbeteiligte.

Gerade ältere Menschen in unserem Land erinnert der Krieg im Irak an das eigene Erleben von Schützengräben und Bombennächten. Viele junge Menschen sind erschrocken und erschüttert über den Ausbruch von Gewalt und die eigene Ohnmacht gegenüber der dramatischen Entwicklung vor Beginn des Krieges. Ganz überwiegend, davon bin ich überzeugt, drückt sich in den leidenschaftlichen Appellen, Demonstrationen und Friedensgebeten dieser Tage echtes Mitgefühl und wirkliche Friedenssehnsucht aus. Dieses Bekenntnis zwingt jede politische Führung zu noch gewissenhafterer Abwägung in Fragen von Krieg und Frieden.

Aber – auch das muss ich in meiner Verantwortung als Politikerin sagen - dieses Bekenntnis kann diese Abwägung nicht ersetzen. Auch kann es den Zwang der Politik zur Entscheidung nicht ersetzen. Diese Entscheidung fällt fast nie zwischen Gut und Böse, schwarz oder weiß, Ja oder Nein, sie fällt in der Regel zwischen besser und schlechter, nicht selten auch zwischen dem größeren und dem geringeren Übel. Die Situation im Irak-Konflikt kurz vor Beginn des Krieges ist ein Beispiel dafür.

Was wiegt schwerer – Handeln oder Nicht-Handeln? Was lag auf den Waagschalen? Auf der einen Seite die unbestreitbaren Risiken eines Krieges und das mit ihm verbundene Leid; auf der anderen Seite das nicht minder bedrückende Leid durch das Aggressionspotential Saddam Husseins und die Risiken eines Triumphes des Diktators und einer Ermutigung aller anderen potentiellen Aggressoren.

Die Bedrohung durch Saddam Hussein ist real, ihn zu entwaffnen ist zwingend notwendig. Darin waren und sind sich alle einig. UN-Chefinspekteur Blix hat mir bei einem Gespräch in New York als Quintessenz seiner Arbeit berichtet, dass ohne militärische Drohung das irakische Regime zu keinerlei Kooperation bereit sei. Niemand wird ernsthaft behaupten, dass ein totalitäres Regime wie das Saddam Husseins mehr Zeit gebraucht hätte, um den Verbleib der eigenen Massenvernichtungswaffen zu klären. Es fehlte nicht an Zeit, sondern am Willen.

Die im November letzten Jahres im UN-Sicherheitsrat beschlossene Resolution 1441 ist eine Konsequenz daraus. Sie ist eine Art „Doppelbeschluss“ der UNO: Friedliche Entwaffnung durch ernst gemeinte Drohung. Die Wirkung dieser Resolution lebte von Beginn an von der Glaubwürdigkeit beider Elemente. Damit sind weder die Position „Auf jeden Fall Krieg“, noch die Position „Auf keinen Fall Krieg“ vereinbar. Die Mitte

zu halten, die Geschlossenheit und die Entschlossenheit zu bewahren, das wäre die Aufgabe der Politik gewesen. Dass nicht geschafft und am Ende den Krieg nicht verhindert zu haben, das macht das Scheitern der internationalen Diplomatie aus. Die Versuche z.B. Kanadas und Großbritanniens, eine weitere Resolution mit klaren Ultimaten zustande zu bringen, wurden kompromisslos abgelehnt, nicht zuletzt von der Bundesregierung. Niemand weiß, ob Einigkeit im Druck auf Saddam Hussein ihn zur friedlichen Entwaffnung gezwungen hätte. Aber diese Einigkeit im Druck war die einzige Chance.

Das ist es auch, was mich bewegt, wenn ich sagen muss, dass diejenigen, die wie die Bundesregierung durch kategorische Vorfestlegungen diese Einigkeit und Geschlossenheit erschwert oder am Ende gar verhindert haben, den Krieg wahrscheinlicher und nicht unwahrscheinlicher gemacht haben. Gewollt hat das niemand, aber Politik wird zu Recht vor allem daran gemessen, ob man das, was man für richtig hält, auch erreicht und nicht erschwert.

Jetzt ist der Krieg traurige Realität. In dieser Situation steht es für mich außer Frage, dass die CDU in der Auseinandersetzung der alliierten Streitkräfte mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein nicht neutral sein kann, sondern an der Seite der USA und ihrer Verbündeten stehen muss. Ich weiß, dass in dieser Frage wohl in fast jeder Familie, jeder Nachbarschaft und jedem Betrieb, auch in der CDU, leidenschaftliche und unterschiedliche Überzeugungen vertreten werden. Das respektiere ich nicht nur, das halte ich auch für ein bedeutsames Zeichen des Charakters der großen Volkspartei CDU.

Dennoch glaube ich, dass wir alle eine gemeinsame Aufgabe in der öffentlichen Debatte um Krieg und Frieden haben. Dazu zählen auch die Prinzipien, die die CDU in existentiellen Debatten immer geleitet haben:

1. Brücken bauen statt spalten: Niemand in der CDU kann den politischen Versuch hinnehmen, das Land in Kriegswillige und Friedenswillige zu spalten. Wer den SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering im Deutschen Bundestag erlebt hat, der spürt, dass hier ein vorrangig parteitaktisch motiviertes Spiel mit den Emotionen der Menschen inszeniert werden soll. Dagegen wird sich die CDU gemeinsam wehren.

Ich werde in diesem Zusammenhang oft gefragt, ob ich „für“ den Irak-Krieg sei, ob ich ihn „befürwortete“, „unterstützte“ u. ä. Diese Wortwahl halte ich für völlig unangemessen. Niemals werden mir bei einer Entscheidung zwischen Krieg und Frieden, um Leben und Tod derartige positive Attribute über die Lippen kommen. Krieg – dieser zumal – ist immer ein Scheitern von Politik und Diplomatie. Er kann niemals die gleichsam normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein, die man leichten Herzens „befürwortet“. Der Einsatz militärischer Gewalt muss immer das letzte Mittel – die *ultima ratio* – bleiben. Den Einsatz militärischer Gewalt als letztes Mittel aber kategorisch auszuschließen, halte ich für unverantwortlich. Als letztes Mittel wird er in manchen Konflikten, so auch in diesem, unausweichlich sein und bleiben. Wenn der Bundeskanzler deshalb so oft davon spricht, dass sich die Chance und die Logik des Friedens gegen die Logik des Krieges durchsetzen müssten, so darf er nicht übersehen, dass die Logik des

Friedens nur dann eine Chance hat, wenn auf der anderen Seite jemand ist, dem diese Logik des Friedens nicht völlig fremd ist.

2. Auf ethische Absolutheitsansprüche verzichten: Als evangelische Christin hat mich das schier übermenschliche Friedenszeugnis von Papst Johannes Paul II. persönlich sehr berührt. Die Mitglieder der CDU sehen sich in besonderer Weise verpflichtet, ihr politisches Handeln an ethischen Überzeugungen zu messen. Unsere gemeinsame christliche Tradition versteht den Frieden als Werk der Gerechtigkeit. Als ein allerletztes Mittel der Abwehr schließt sie auch Drohung und Gewalt nicht aus. Ob eine Abwägung zu diesem Ergebnis kommt, das ist keine theologische, sondern eine politische Frage. Niemand kann dafür eine letzte Wahrheit in Anspruch nehmen, weder für noch gegen die eigene Entscheidung. Christen können auf der Grundlage des gleichen Glaubens und nach bestem Wissen und Gewissen hier zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.
3. Auf die Unterscheidung der Geister achten: Ich halte nichts davon, jemanden, nur weil er den Krieg im Irak ablehnt, als anti-amerikanisch zu bezeichnen. Aber es gibt auch ein dumpfes anti-amerikanisches Ressentiment, das sich aus ganz verschiedenen Quellen speist. Und wenn zum Beispiel der amerikanische Präsident und der irakische Diktator auf eine Stufe gestellt werden, dann ist eine Grenze überschritten, die nicht mehr diffuses Verständnis erlaubt, sondern klaren Widerspruch fordert.

Mir ist es wichtig, dass die Christlich Demokratische Union Deutschlands mit diesen Prinzipien der aktuellen öffentlichen Debatte zum Irak-Konflikt einen wichtigen Dienst erweist. Aber die Aufgabe der CDU reicht darüber hinaus, denn im Irak-Konflikt haben wir eine gravierende Spaltung und Lähmung der Europäischen Union und der NATO erlebt. Der Vertrauensverlust in den Beziehungen zu den USA ist nachhaltig. Die bewährten Institutionen unserer Sicherheit erleben damit genau in dem Augenblick eine Krise, in dem nach dem Ende des Kalten Krieges und den Terroranschlägen des 11. September neue und andere Bedrohungen nicht mehr zu übersehen sind. Gleichzeitig ist der jahrzehntelange außen- und sicherheitspolitische Grundkonsens in unserem Land brüchig geworden, zwischen Regierung und Opposition, aber auch in der Gesellschaft.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass vieles, was gestern noch selbstverständlich war, heute zur Disposition steht. Meine politische Generation wird die beiden entscheidenden Säulen deutscher Außenpolitik - die europäische Einigung und die transatlantische Partnerschaft - nicht neu erfinden, aber sie wird sie neu begründen und ausgestalten müssen, um sie zukunftsfest zu machen. Deshalb sind die Ursachen und die weit reichenden Auswirkungen des Irak-Konfliktes notwendiger Anlass, in unserem Land, aber auch in meiner Partei eine grundsätzliche programmatische Diskussion über die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu führen. Maßstab dieser programmatischen Weiterentwicklung sind dabei die deutschen Interessen an Frieden, an Freiheit, an Sicherheit und an internationaler Zusammenarbeit.

Der Irak-Krieg ist eine Tragödie. Wir alle hoffen, dass er bald und mit möglichst geringem Blutzoll zu Ende geht. Was mich – vor dem Krieg wie auch jetzt und danach -

leitet, das sind die politischen Konsequenzen, die wir für eine Zukunft in Frieden und Freiheit ziehen müssen.

Nochmals danke ich Ihnen für Ihre Anmerkungen und verbleibe
mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel